

Berlin ehrt Bersarin (1945-1949)

Nach dem plötzlichen Unfalltod Bersarins brachte der Oberbürgermeister der Stadt Berlin, Dr. Artur Werner, die Gefühle vieler Berliner (und nicht nur Politiker) in einem Beileidstelegramm an den Obersten Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Marschall Shukow, zum Ausdruck: „Der Name des Generalobersten Bersarin als des Befreiers von Berlin ist auf alle Zeiten in die Geschichte unserer Stadt eingegangen. Die Berliner Bevölkerung hat dem Verstorbenen nicht nur für ihre Errettung aus der Tyrannei des Hitlerregimes zu danken, sondern besaß in ihm auch einen wahrhaft großmütigen Freund, der sich aller ihrer Leiden, Sorgen und Wünsche mit aufgeschlossenem Herzen angenommen hat. Nicht zuletzt ist auch die belebende Aktivität und Initiative, mit der der verstorbene Generaloberst Bersarin den Wiederaufbau Berlins in Gang gesetzt und vorwärts getrieben hat für die Bevölkerung Berlins ein Anlaß des Dankes an den Toten.“

Im April 1946 fasste die Verwaltung des Bezirks Berlin-Friedrichshain den Beschluss, den Küstriner Platz in Bersarinplatz und den Braunen Weg (früher Grüner Weg) in Bersarinstraße umzubenennen. Dieses Anliegen stand zur Bestätigung auf der Tagesordnung der Magistratssitzung am 29. April 1946. Nach kurzer Beratung wurde dem zuständigen Bezirk empfohlen, für die Umbenennung den Baltenplatz und die Petersburger Straße, auszuwählen. Am ersten Jahrestag der Magistratssitzung vom Mai 1945 erinnerte Oberbürgermeister Dr. Werner nochmals an die Verdienste von Bersarin und hob hervor, dass er „uns in den Bedrängnissen jener schicksalsschweren Zeit stets ein wahrer Freund und wohlwollender Gönner und Betreuer gewesen ist. Er hat uns durch sein edles menschliches Wesen mit vollem Vertrauen zur Zusammenarbeit mit der russischen Besatzungsmacht erfüllt.“

Vier Jahre nach Bersarins Tod organisierten die Freunde des Trabrennsports (die bei Kommunisten unter dem Verdacht standen, keinen proletarischen, sondern einen bürgerlichen Sport zu treiben), das erste Nikolai-Bersarin-Rennen. Sie widmeten es dem Andenken an den ersten sowjetischen Stadtkommandanten und gedachten seiner Unterstützung für die Wiedergeburt des Trabrennsports in Berlin. Tausende Zuschauer verfolgten am 16. Juni 1949 auf der Trabrennbahn Berlin-Karlshorst dieses Erinnerungsrennen. Es entwickelte sich zu einer Tradition und wurde von nun an alljährlich im Juni oder Juli durchgeführt. Nach der Vereinigung von Berlin erlebte es am 3. Juli 1999 sein fünfzigstes Jubiläum.

Späte Bersarin-Ehrung in der DDR

Im Westteil Berlins wurde die Erinnerung an die ersten Tage und Wochen unter sowjetischer Besatzung schnell durch die Erlebnisse und Eindrücke mit der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsmacht abgelöst.

Durch den frühen Tod Bersarins rückte in den folgenden Jahren in der Erinnerung vieler Menschen der DDR mehr und mehr das Wirken anderer sowjetischer Soldaten und Offiziere in den Vordergrund. Auch in der Pflege deutsch-sowjetischer Traditionen von Partei (SED) und Staat sowie vor allem der Massenorganisation „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ hatte die Person Nikolai Bersarins kaum einen Platz. Jahr für Jahr wurde der 8. Mai als „Tag der Befreiung“ begangen. Doch weder zum zehnten, zum fünfzehnten oder gar zwanzigsten Jahrestag der Befreiung fanden die Leistungen von Nikolai Bersarin offizielle Würdigung und Anerkennung. Zu Zeiten von Walter Ulbricht bestand wahrscheinlich kein Anlass, einen Mann zu ehren, der in den ersten Nachkriegstagen nicht nur zu Kommunisten, sondern ohne ideologische Scheuklappen auch zu Vertretern aller anderen demokratischen Parteien und zu Parteilosen aus bürgerlichen Kreisen ein gutes Verhältnis hatte. Zum 20. Jahrestag der Befreiung 1965 wurden vom Berliner Magistrat gleichzeitig elf sowjetische Kriegsveteranen mit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde bedacht, der Name Bersarin befand sich nicht darunter.

Im Herbst 1968 bewarb sich eine Berliner Schule um den Ehrennamen „N.E.-Bersarin-Schule“, nachdem eine Lehrerin bei einem Besuch einer Moskauer Schule unter den Schülern einen Enkelsohn

von Bersarin kennen lernte. Am 7. Oktober 1969 wurde einer Grenztruppe der Nationalen Volksarmee in der Berliner Hauptstraße 7 der Name „Nikolai-Bersarin-Kaserne“ verliehen.

Auf Anregung einer SED-Funktionärin aus dem Berliner Stadtbezirk Friedrichshain - sie hatte 1968 bei einem Moskau-Besuch Bekanntschaft mit der Witwe von Bersarin geschlossen - machten aktive Bürger aus diesem Bezirk mit einer Initiative auf sich aufmerksam. Sie luden Natalja Bersarina und ihre Töchter Larissa und Irina zu einem Besuch nach Berlin ein. Gleichzeitig begannen sie mit der Sammlung von biographischem Material für die Vorbereitung einer Ausstellung über Nikolai Bersarin. Zum 25. Jahrestag der Befreiung wurde im Mai 1970 im Stadtbezirk Friedrichshain die Ausstellung unter dem Titel „Bersarin - Befreier und Freund“ gezeigt. Sie war gleichzeitig dem 25. Todestag des ersten sowjetischen Stadtkommandanten gewidmet.

Trotz der in Berlin geschaffenen Bersarin-Gedenkorte (Ehrentafeln am Bezirksamt Friedrichshain und an der ehemaligen Kommandantur in Lichtenberg) und der Bersarin-Namensgebung für Schulen und „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ in Betrieben, war über den Menschen Bersarin weiterhin wenig bekannt. Daran änderte auch die „plötzliche“ Entscheidung des Berliner Magistrats vom 2. Mai 1975 über die posthume Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Generaloberst Bersarin kaum etwas. Die Ehrung von Nikolai Bersarin blieb bis zum Ende der DDR erhalten, aber es wurde niemals eine Biographie über ihn geschrieben, kein Film gedreht, kein Denkmal errichtet.

Berlin vereint - Bersarin enteehrt

in der Wendezeit 1989/90 bzw. nach der deutschen Einheit legten gesellschaftliche Namensträger (Schulen, Brigaden, Kasernen) den Namen Nikolai Bersarin schnell ab. Der Ehrenhain in der ehemaligen Bersarin-Schule in Berlin-Hohenschönhausen wurde abgerissen. Der Name des sowjetischen Generals schien nicht mehr opportun.

Im Jahr 1992 überraschte der Berliner Senat die Öffentlichkeit mit der Mitteilung, dass es nun eine Gesamtberliner Liste der Ehrenbürger der Stadt gebe, in die jedoch Nikolai Bersarin und andere Personen aus der Ost-Berliner Liste nicht übernommen wurden. Diese Entscheidung war allerdings nicht in den demokratischen Gremien des Abgeordnetenhauses zustande gekommen, sie hatte folglich nicht die Zustimmung der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und PDS.

Die Tradition der Ehrenbürgerschaft reicht in Berlin bis ins Jahr 1813 zurück. Als erster erhielt diese Ehre am 6. Juli 1813 Propst Conrad Gottlieb Ribbeck. Bis 1946 hatten die bis dahin für Gesamtberlin handelnden Stadtverordneten und der Magistrat die Ehrenbürgerschaft an 64 Persönlichkeiten verliehen. Es entsprach dem Sinngehalt der Ehrenbürgerschaft, dass sie an Lebende verliehen wurde. Nach der endgültigen verwaltungspolitischen Teilung der Stadt wurden ab 1948 vom Westberliner Abgeordnetenhaus 29 Ehrenbürger ernannt. Ostberlin hatte nach der vorliegenden offiziellen Liste 24 Ehrenbürger, im Jahr 1992 wurden - wie oben angeführt - die getrennt geführten Ehrenbürgerlisten aus Ost- und Westberlin zusammengefasst. Aus der Ost-Berliner Liste übernahm der Senat nur sieben Persönlichkeiten in die Liste für Gesamtberlin. Proteste gegen die Streichung Bersarins aus der Ehrenbürgerliste indes hielten sich vorerst in Grenzen. Auf eine Anfrage des Vorsitzenden der „Berliner Freunde der Völker Russlands e.V.“, Dr. Franz von Hammerstein, über den Umgang mit dem Ehrenbürger Bersarin teilte Volker Kähne {Chef der Senatskanzlei} mit, diesbezügliche DDR-Entscheidungen beruhten nicht „auf Entscheidungen demokratisch legitimer Gremien. Hingegen sind jene Ernennungen in die Gesamtliste integriert worden, die auf Verdiensten auf kulturellem oder wissenschaftlichem Gebiet basieren und jenseits politischer Systeme Gültigkeit behalten.“

Dem ersten Schritt zur Tilgung des Namens Bersarin aus der Öffentlichkeit von Berlin folgten kurz darauf weitere: die Rückbenennung der Bersarinstraße in Petersburger Straße und die Empfehlung einer „Unabhängigen Kommission zur Umbenennung von Straßen“, den Bersarinplatz in Baltenplatz rückzubenennen. In seinem Vorwort zum Abschlussbericht dieser Kommission stellte der Senator für Verkehr und Betriebe, Prof. Dr. Herwig Haase, richtig fest: „Über die Straßenamen aus der DDR-Zeit und ihren Erhalt oder ihre Abschaffung wird in Berlin seit längerem ausführlich gestritten.“ Doch er und viele andere aus dem CDU-geführten Senat hatten wohl nicht mit so viel Engagement von Berliner Bürgern für den Erhalt des Bersarinplatzes gerechnet. Bereits in der Kommission brachten

Dr. Ella Barowsky (Bezirksbürgermeisterin a. D. Berlin-Schöneberg/FDP) sowie die Professoren Laurenz Demps („Ost-Historiker“) und Heinrich August Winkler („West-Historiker“) ein Minderheitenvotum ein: „Die Umbenennung erfolgte im Juli 1947, also lange vor der Gründung der DDR, durch einen von Luise Schröder unterzeichneten Beschluss des (Gesamt-) Berliner Magistrats. Wir sehen keinen Anlaß, diese Entscheidung rückgängig zu machen.“

Gegen die Umbenennung des Bersarinplatzes formierte sich breiter Protest. Der Bürgermeister von Berlin-Friedrichshain, Helios Mendiburu (SPD), plädierte mehrfach, u.a. am 8. Mai 1995, für den Erhalt des Namens Bersarinplatz: „Uns stört nicht, dass Bersarin sowjetischer Offizier und Kommunist war, sein Humanismus und seine Hilfe für die Berliner verbindet uns mit ihm.“ Nach massiven Protesten aus der Bevölkerung musste der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen (CDU), die Umbenennung des Bersarinplatzes vorläufig stoppen. Obwohl die Vergabe von Straßennamen Angelegenheiten der zuständigen Bezirksverordnetenversammlungen und der Bezirksämter ist, mischte sich der CDU-geführte Senat immer wieder in unzulässiger Art und Weise in die Arbeit von Ostberliner Bezirken ein. In Diskussionen über Straßennamen in „Westbezirken“ blockierte hingegen die CDU oftmals eine Umbenennung (Beispiel „Treitschkestraße“ im heutigen Bezirk Steglitz-Zehlendorf).

Am 9. Mai 1995 lud die „Berliner Zeitung“ ihre Leser zu einer Diskussion über die geplanten Namensänderungen im Ostteil der Stadt ein. Über 500 Personen nahmen an der heftig geführten Debatte teil. Ein 58jähriger Berliner schlug vor, den Bersarinplatz in „Sacharow-Platz“ umzubenennen, weil er die Rote Armee nur in schlechter Erinnerung habe. Bersarin habe die Menschen nach 1945 mit Lebensmittellieferungen vor dem Verhungern gerettet, hielt ein anderer dagegen. Er selbst, heute 62 Jahre alt, habe dadurch überlebt.

Die durchaus verständliche Forderung, vor einer endgültigen Entscheidung noch einmal die Leistungen des ersten sowjetischen Stadtkommandanten Nikolai Bersarin durch eine Historikerkommission untersuchen zu lassen, wurde nicht realisiert. Stattdessen griffen die Befürworter der Umbenennung des Bersarinplatzes zu Lüge und Verleumdung. Der Abgeordnete der CDU-Fraktion im Berliner Parlament Günther Toepfer (Berlin-Lichtenberg) verbreitete folgendes Gerücht: „Dieser Mann war Oberkommandierender der 27. russischen Armee, die die drei baltischen Staaten 1940 unter Bruch von etwa 16 internationalen Verträgen überfallen hat. Dieser Mann ist derjenige, der in einer einzigen Nacht, am 14. Juni 1940, 47.000 Letten hat deportieren lassen. Dieser Mann ist derjenige, der die größte Bücherverbrennung im Baltikum gemacht hat. Also nicht nur die physische Vernichtung, sondern auch eine Vernichtung der Identität des Volkes. Der Esten nämlich. Er hat 10 Millionen Bücher in Estland Zusammentragen lassen und öffentlich verbrannt. Dagegen ist die Bücherverbrennung in Berlin auf dem Bebelplatz oder dem damaligen Opernplatz eigentlich eine Harmlosigkeit. Ich will sie nicht harmlos reden, sondern hier hat man versucht, und das hat dieser Bersarin zu verantworten, Schriftgut eines ganzen Volkes zu vernichten.“

Diese Behauptungen wurden ohne Einsicht in historische Dokumente und ohne Konsultation mit Experten in die Welt gesetzt. Ja, sie wurden selbst dann nicht zurückgenommen, als im Jahr 1999 die ganze Wahrheit, dokumentarisch belegt, in einer Ausstellung öffentlich präsentiert wurde.

Auch auf russischer Seite riefen die Absichten zur Umbenennung der Bersarinstraße und des Bersarinplatzes Empörung hervor. Ein Vertreter der Außenstelle der Botschaft der Russischen Föderation in Berlin bezeichnete derartige Pläne als einen Affront, besonders gegenüber den Kriegsveteranen, die 1945 an der Befreiung Berlins beteiligt waren. Der Veteranen-Rat der 5. Stoßarmee wandte sich im November 1995 in einem offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen. Darin hieß es: „50 Jahre sind seit dem blutigen Zweiten Weltkrieg vergangen, in dem der Faschismus Leid und Elend über Millionen Bewohner dieses Planeten gebracht hat. Für uns Veteranen, die wir alle Schrecken dieses Krieges erlebt haben, ist der Kampf für den Frieden und das Glück aller Menschen zum wichtigsten Lebensziel geworden. Einer, der dieses große Ziel vorausgesehen hat und leidenschaftlich dafür eingetreten ist, war der Kommandeur unserer Armee der erste sowjetische Kommandant und Chef der Berliner Garnison, Generaloberst NIKOLAI ERASTOVIC BERZARIN. Er war es, der durch sein persönliches Vorbild mit Unterstützung der

Kommandeure und Politruks die Armee zu einer hochanständigen, humanen Einstellung zu dem von den Nazis betrogenen deutschen Volk erzogen hat.“

Der Bersarinplatz behielt im Ergebnis der Bürgerproteste und der politischen Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Friedrichshain seinen Namen.

Die Diskussion um den Namen Bersarin, um die Verdienste oder Versäumnisse dieses Mannes auf dem Posten des Berliner Stadtkommandanten bewegten viele Berliner Bürger.

Der pensionierte Westberliner Ingenieur für Versorgungstechnik Gert Porsche wandte sich 1995 als Zeitzeuge an verschiedene Gremien mit der Bitte, die Leistungen Bersarins, die er auf Grund seines Berufes und seiner jahrzehntelangen Berufserfahrungen bestens beurteilen konnte, angemessen zu dokumentieren und zu würdigen. Er suchte und fand auch Kontakt zu den in Moskau lebenden Töchtern Bersarins und ließ ihnen über die Russische Botschaft in Berlin eine eigenständig verfasste Dokumentation seiner Erlebnisse und Nachforschungen zukommen. Er würdigte die in Berlin im Jahr 1995 gezeigte Ausstellung „Berlin 1945“ als ausgezeichnete Darstellung der eigentlich hoffnungslosen Lage Berlins nach der Kapitulation am 2. Mai 1945, bedauerte aber, dass die Leistungen Bersarins nur am Rande und lediglich bezogen auf die Lebensmittelversorgung erwähnt wurden. Er verwies auf die Beurteilung vieler bedeutender Zeitzeugen, die damals den Wiederaufbau Berlins für unmöglich hielten. Bestätigung erhielt der Berliner Ingenieur auch durch eine Aussage von Hitlers Rüstungsminister Albert Speer, die seiner Meinung über die katastrophalen Folgen der systematischen Brückensprengungen durch die Deutsche Wehrmacht voll entsprach. Speer schrieb in einer Denkschrift am 13. März 1945 an Hitler: „Die in Berlin vorbereiteten Brückensprengungen hätten zum Beispiel die Folge, daß die Stadt Berlin ernährungsmäßig nicht mehr versorgt werden kann und darüber hinaus die industrielle Produktion und das Leben der Menschen in der Stadt auf Jahre hinaus unmöglich gemacht wird. Diese Sprengungen wären damit der Tod von Berlin.“

Um die Frage zu klären „Wie konnte der schnelle Wiederaufbau von Berlin dennoch gelingen?“, wandte sich G. Porsche an den Direktor des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst und fand mit seinem Vorschlag einer detaillierten Präsentation über Leben und Wirken Bersarins ein offenes Ohr.

Am 7. September 1999 konnte die bislang umfassendste Dokumentation über Bersarin als Ausstellung eröffnet werden. Die Ergebnisse dieser Ausstellung stimulierten und polarisierten die Befürworter und Gegner der Ehrenbürgerwürde Bersarins. Erstmals konnten sich Interessierte mit der Biographie, dem militärischen Werdegang und dem Wirken von Nikolai Bersarin am Beispiel von neuen Dokumenten aus russischen Archiven sowie aus dem Besitz der Familie Bersarin vertraut machen.

Epilog: Ehrenrettung für Bersarin

In der mehr als zehn Jahre anhaltenden Debatte hatten sich Berliner Bürger in zahlreichen Foren, in Briefen und Anfragen an Abgeordnete und Politiker aktiv für die Wiederaufnahme Bersarins in die Berliner Ehrenbürgerliste engagiert. Um das Andenken an den ersten Stadtkommandanten über die erwartete Ehrung durch den Berliner Senat hinaus zu bewahren, gründeten Mitglieder und Freunde des Vereins „Berliner Freunde der Völker Russlands e.V.“ im Jahr 2002 eine „Interessengemeinschaft N.E. Bersarin“ (kurz „IG Bersarin“). Die Mitglieder der „IG Bersarin“ pflegten seit Ende der 1990er Jahre einen engen Kontakt zu den Angehörigen der Familie Bersarin und den Veteranen der 5. Stoßarmee in Moskau. Sie unterstützten Mitglieder des Abgeordnetenhauses, insbesondere die Abgeordneten der PDS, bei ihren Schritten zur Aufklärung über die Person Bersarins und seine Leistungen für die Stadt. Die vielfach geäußerte Hoffnung, anlässlich des Todestages des 1945 ums Leben gekommenen ersten sowjetischen Stadtkommandanten Nikolai Bersarin am 16. Juni 2002 die Ehrenbürgerwürde wieder herzustellen, erfüllte der rot-rote Senat jedoch nicht. Befürworter der Ehrung Bersarins mahnten die Berliner Regierungskoalition wiederholt zur Umsetzung des seit Juli 2000 gültigen Parlamentsbeschlusses. Sie erinnerten mit den Worten eines guten Freundes der Deutschen aus Moskau daran, dass die Bersarin-Debatte in den deutsch-russischen Nachbarschaftsbeziehungen, insbesondere den Städtebeziehungen Berlin-Moskau, nicht an

Aufmerksamkeit verloren hat: „Bersarins Name wird zum Symbol, zum Prüfstein für die Aufrichtigkeit der deutschen Beteuerungen, man wolle gut Freund mit den Russen sein“.

Nach und nach gab es mehrheitlich Zustimmung dafür, dass das aus der Nachkriegssituation der geteilten Stadt herrührende Klischee über Bersarin als einen Repräsentanten der stalinistischen Sowjetunion nicht den Tatsachen entsprach. Die Verdienste des sowjetischen Generalobersten als erster Kommandant Berlins nach der Befreiung der Stadt von der nationalsozialistischen Herrschaft bestritten nur noch völlig Unbelehrbare. Von jenen, die Bersarin wissentlich verleumdet haben, gab es niemals eine Entschuldigung.

Am 11. Februar 2003 beschloss der rot-rote Senat von Berlin, auf Vorlage des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit, den ehemaligen sowjetischen Stadtkommandanten Nikolai E. Bersarin in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um Berlin in die Liste der Ehrenbürger des Landes und der Stadt Berlin zu übernehmen. Der Senat folgte damit nach langem Zögern dem Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 13. Juli 2000. In der Begründung hieß es u.a.: „Es würde den Verdiensten Nikolai Bersarins und dem Charakter der Ehrenbürgerliste als personifiziertes Zeugnis der Geschichte Berlins nicht gerecht werden, die Aufnahme seiner Person in die Gesamtliste weiter auszuschließen.“

Die Angehörigen der Familie Bersarins in Moskau waren glücklich zu erfahren, dass Nikolai Erastowitsch Bersarin wieder in das Buch der Ehrenbürger der Stadt Berlin aufgenommen wurde. Für sie wog am schwersten, dass die gegen Bersarin ungerecht erhobenen Anschuldigungen nicht mehr aufrechterhalten werden können und der Name ihres Vaters und Großvaters rehabilitiert wurde. In einem Dankschreiben an die Stadt Berlin schrieben sie: „Wir hoffen zutiefst, dass diese Entscheidung zustimmenden Widerhall in den Herzen der Berliner Bürger findet, und meinen, dass die Erinnerung an die Vergangenheit eines der grundlegenden Momente für die Bildung einer neuen Weitsicht und ein tieferes gegenseitiges Verständnis ist - dies besonders in unserer nicht einfachen Zeit.“

Die Anerkennung der Ehrenbürgerwürde Bersarins erfolgte nach vielen, z.T. auch unwürdigen Debatten, in einem feierlichen Rahmen. Am 20. März 2003 eröffnete der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Walter Momper, im Preußischen Landtag eine Bersarin-Ausstellung. Der Kultursenator Thomas Flierl (PDS), würdigte diese Ausstellung als Teil einer Ehrenrettung: „Eine Ehrenrettung für Nikolai Erastowitsch Bersarin, den ersten und einzigen Gesamtberliner sowjetischen Stadtkommandanten. Es ist aber auch eine Ehrenrettung für die Stadt Berlin, die den würdelosen Akt der Streichung Bersarins von der Ehrenbürgerliste zurücknimmt und sich damit auch von den Verdächtigungen und Verleumdungen gegenüber Bersarin distanziert.“

Am 30. Januar 2004 wurden in einem Festakt die Porträts der Berliner Ehrenbürger Marlene Dietrich und Nikolai E. Bersarin im Berliner Abgeordnetenhaus enthüllt. Damit ehrte die Stadt zwei „unterschiedliche Persönlichkeiten“, die sich gemeinsam als entschiedene Gegner des Nationalsozialismus gegen das verbrecherische Regime“ engagiert haben. Das Gedenken an Bersarin anlässlich seines 100. Geburtstags am 1. April 2004 war nach Jahren der politischen Auseinandersetzung davon geprägt, dass sich die rot-rote Koalition im Umgang mit dieser Person als ein Teil des neuen, des anderen Berlins präsentieren konnte. Bei einer Gedenkveranstaltung zum 100. Bersarin-Geburtstag mit Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges in Moskau würdigte die Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses Martina Michels, MdA (PDS), die Bersarin-Ehrung durch die Stadt Berlin als einen wichtigen Erfolg der Auseinandersetzung mit der Geschichte. Sie hob hervor: „Wir haben damit zugleich unser Versprechen, dass wir unseren Moskauer Freunden, den Enkeln, Kampfgefährten und auch den Vertretern der Moskauer Stadtduma bei zahlreichen Besuchen gegeben haben, eingelöst!“ In dieser Veranstaltung wurde unter großer öffentlicher Anteilnahme die russische Ausgabe der Broschüre“ Bersarin: Berliner Debatten“ vorgestellt.

N.E. Bersarin schuf mit seinem Wirken in Berlin Grundlagen dafür, dass aus alten Gegnern Partner und schließlich Freunde werden konnten. Dieser Gedanke war für die Bezirksverordnetenversammlung (BW) von Marzahn-Hellersdorf Anfang des Jahres 2005 Anlass, den Vorschlag aus der Bevölkerung aufzugreifen, sich an die zuständigen Senatsverwaltungen mit der Bitte zu wenden, aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus die Brücke über die

Wuhle in der Landsberger Allee nach Nikolai E. Bersarin zu benennen. Der interfraktionelle BW-Beschluss von PDS, SPD und CDU fand in einer Feierstunde des Bezirks am ersten befreiten Haus Berlins (Landsberger Allee 563) und an der bis dahin noch namenlosen Brücke über die Wuhle unter Anteilnahme einiger hundert Bürger und internationaler Gäste aus Ost und West seine Erfüllung.

Die „IG Bersarin“ ergriff unter Federführung von Gerd Porsche, Horst Herrmann und Lutz Prieß anlässlich des 60. Jahrestages des Unfalltodes von Nikolai E. Bersarin die Idee der Pflanzung einer Birke zu Ehren Bersarins in der Nähe des Unglückortes vom 16. Juni 1945. Aus eigenem Spendenaufkommen der „IG Bersarin“ wurde am 16. Juni 2005 unter großer öffentlicher und parteiübergreifender Anteilnahme eine Birke“ aus den „Späth’schen Baumschulen“ an der Ecke Am Tierpark/Alfred-Kowalke-Straße in Berlin-Friedrichsfelde gepflanzt. Am 24. Juni 2013 weihten die Partei „DIE LINKE“, Bezirksverband Lichtenberg, und Frau Gesine Löttsch, Mitglied des Deutschen Bundestages, an dieser Stelle einen Gedenkstein ein.

Auch an diesem Ort versammeln sich jährlich Berliner Bürgerinnen und Bürger zu einer Gedenkveranstaltung, die im Sinne Bersarins für ein friedliches, kooperatives und freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Russland in Gegenwart und Zukunft eintreten.

Dr. Lutz Prieß

Arbeitskreis 8. Mai BDWO e.V.